

Nr. **XIX. GP.-NR**
196 **/J**
1994 -12- 16

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Niederwieser, Mag. Guggenberger, Strobl
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Verdacht des illegalen Telefonabhörens durch die Veranstalter des Burschenschafter Treffens am 30. November 1994 in Innsbruck

Dem beiliegenden Artikel im Standard vom 9. Dezember 1994 unter dem Titel "Infotelefone überwacht" ist zu entnehmen, daß bei einer Pressekonferenz der veranstaltenden Burschenschafter und ihrer politischen Beschützer "Protokolle über Telefonate" bzw. "Telefonprotokolle" vorgetragen wurden. Der ehemalige Abgeordnete Dr. Stix soll auf die Frage, woher er die Information erhalten habe, geantwortet haben, er habe sie "von Vertretern des österreichischen Rechtsstaates" bekommen. Der Artikel wirft einige gewichtige rechtsstaatliche Probleme auf, und die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Inneres daher nachstehende

Anfrage:

1. Was wurde bisher unternommen, um dem aus dem Artikel hervorgehenden Verdacht der Verletzung des Datenschutzes und des Telefongeheimnisses sowie des Amtsmißbrauchs durch die Weitergabe sicherheitsbehördlicher Ermittlungen nachzugehen?
2. Wurde Präsident Stix von den Sicherheitsbehörden dazu befragt, und wenn ja, wann?
3. Wenn ja, worin besteht der Inhalt der ihm vorliegenden "Protokolle", (Listen von Telefonnummern, Gesprächsinhalten oder Inhalten von Mailboxen)?
4. In einer APA-Stellungnahme vom 9. Dezember 1994 meint Präsident Stix, "jeder . . . kann eine Mailbox anzapfen". Wurde dem Verdacht nachgegangen, daß es sich bei diesem Anzapfen im konkreten Fall auch um ein illegales Eindringen in geschlossene Benutzerkreise handeln kann?

5. Gab es im Zusammenhang mit dem Burschenschaftertreffen oder der Gegendemonstration Anträge bei Gericht auf Genehmigung von Telefonüberwachung?
6. Wurde Präsident Stix bisher dahingehend befragt, von welchem "Vertreter des österreichischen Rechtsstaates" er die bei der Pressekonferenz vorgelegten Unterlagen erhalten hat?
7. Wurde dem Verdacht nachgegangen, daß die veranstaltenden Burschenschafter oder Präsident Stix über weitere möglicherweise illegal beschaffte Daten über die Gegendemonstration und deren Veranstalter verfügen?

P. 12. P4

ÖSTERREICH-CHRONIK

DER STANDARD 11

„Infotelefone überwacht“

IS

Burschenschafter mit Protokollen über Telefonate zwischen Universität und Grünen

von
In
rstes
euen
und
nt -
die-
de er
An-
V)

Innsbruck/Wien — Am 30. November luden Innsbrucks schlagende Burschenschaften zur „Nachbereitung“ des „Gesamtiroler Freiheitskommerses“ vom Oktober, dessen hehre Ideale im Wirbel um die antifaschistische Gegendemonstration unterge-

gangen waren. Tenor der Ausführungen: „Linksgrüne Chaoten und Opernball-Demonstrierer“ hätten im Bündnis mit imaginären „italienischen Neofaschisten“ den „Tiroler Freiheitskampf“ Marke Burschenschafter diskreditiert.

Schwung kam in die Veranstaltung erst, als sich der langjährige FPÖ-Abgeordnete und ehemalige Nationalratspräsident Gerulf Stix daran machte, die vielfältigen politischen Verbindungen der Organisatoren der Gegendemo aufzuzeigen. Zu diesem Zweck verwies Stix, wie Augenzeugen berichten, auf „Telefonprotokolle“ in seinem Besitz.

Insbesondere die Hochschülerschaft der Technischen Universität Wien (HTU), von wo aus Demo-Aktivitäten koordiniert worden seien, geriet ins Kreuzfeuer der Stix'schen Kritik. Er, Stix, verfüge über „alle Telefonnummern der Verbindungen der Gegendemo-Veranstalter“, heißt es in einem Gedächtnisprotokoll, das dem STANDARD exklusiv vorliegt.

Ausdrücklich habe Stix auf die „Grüne Parteizentrale in Wien“ verwiesen, heißt es weiter. Auch linke Mailboxen und Infotelefone seien „überwacht“ worden. Und: „Auf die

Frage, wie er zu all diesen Informationen käme, antwortete Stix, er hätte diese von Vertretern des österreichischen Rechtsstaates bekommen.“

Letztere sind für Walter Haslinger, Sprecher der HTU, „bei der Polizei zu suchen“. Haslinger ordnet einen Skandal in der Tatsache, „daß ohne richterlichen Befehl eine universitäre Körperschaft abgehört worden sei“. Zudem stelle sich die Frage, wer die hochbrisanten Unterlagen „an FPÖ und Burschenschafter weitergeleitet“ habe. Die HTU fordere jedenfalls eine genaue Untersuchung der Vorgänge.

Am Montag will sich der Akademische Senat der TU Wien mit der Affäre befassen. FP-Stix war am Feiertag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Eine Sicherheit für die HTU: Die burschenschaftlichen Volkstumskämpfer haben vorsorglich ihre „Nachbereitungsdiskussion“ abgefilmt. (pur)

„Geld für die Kriegskasse“

hrte die Polizei auf die Spur einer Verbrecherbande

en da
ochsen
on der
polizei
erei in
sothek
te die
einer
n Ban-
schutz-
Mord-
a. Vier
Zusam-

menarbeit mit den italienischen und deutschen Behörden ausgeforscht, zwei sind bereits in Haft.

Der 28jährige Bosnier Ismet B., soll in Deutschland der Kopf einer Schutzgeld-Erpresserbande gewesen sein. Er steht außerdem im Verdacht, Auftraggeber jenes Mordanschlags in Heilbronn gewesen zu sein, bei dem mit Maschinengewehren ein Lokal ge-

stürmt und ein Mann erschossen worden war. Der 28jährige wurde am Montag von der italienischen Polizei in Triest verhaftet. Einer seiner mutmaßlichen Komplizen, Tais K. (26), wurde bereits am 13. Oktober im Stadtgebiet von Salzburg „geschnappt“. Die Kriminellen halten es für möglich, daß die erpreßten Schutzgelder für die bosnische Kriegskasse bestimmt waren. (simo)